

Einzelpreis 1200 M.

Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 28 000 Mk. pol.
Durch Zeitungsbörsen 30.000
die Post 30.000
Ausland 45.000

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.

Telephon Nr. 6-88.

Hofcheckkonto 60.688.

Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unterlaßt eingehende Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 39.

Mittwoch, den 4. Juli 1923.

Erlösen mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens
Anzeigenpreise:
Die 7-gesp. Millimeterzeile 600 Mk. pol.
Die 3-gesp. Reklame (Millim.) 2500
Eingesandts im lokalen Teil 6000
Für arbeitsuchende besondere Vergünstigungen. Anzeigen an Sonn- und Feiertagen werden mit 25 Prozent berechnet, Auslandsförderer 50%. Zuschlag bei Betriebsförderung durch höhere Gewalt, Arbeitsniederlegung oder Ausspruch hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

1. Jahrgang.

Polnisch-Danziger Fragen vor dem Völkerbund.

Polnisch-Danziger Fragen vor dem Völkerbund.

Gens, 3. Juli. (Pat.) Bereits nach Festlegung der Tagesordnung für die künftige Sitzung des Völkerbundes ließen mehrere Anträge von Seiten des Völkerbundkommissars in Danzig und der polnischen Regierung ein.

Der Hohe Kommissar wandte sich an den Völkerbund um Untersuchung der Streitfrage, ob Art. 103, § 2, des Versailler Vertrags und Art. 39 der Pariser Konvention die Befugnisse des Hohen Kommissars in irgend einer Weise einschränken, sich in erster Instanz mit allen strittigen Angelegenheiten, die zwischen Polen und Danzig auf Grund des Versailler Vertrags oder anderer Nebereinkommen entstehen, ebenso sich mit allen sonstigen die polnisch-Danziger Beziehungen betreffenden Fragen zu befassen.

Außerdem sucht der Hohe Kommissar beim Völkerbund nach, ob mögliche Zusammensetzung der beiden Seiten auf jene Bestimmung lenken, derzu folge alle strittigen Fragen in erster Instanz dem Völkerbundkommissar zur Entscheidung vorgelegt werden müssten, jede andere Art der Regelung aber, mit Ausnahme einer Verständigung der strittenden Parteien untereinander, sowohl dem Geltung als auch dem Buchstaben des Versailler Vertrags und der Pariser Konvention nach vollständig ausgeschlossen ist.

Die polnische Regierung sandte ihrerseits an den Völkerbund eine umfangreiche Denkschrift, in der sie

1. ausführt, daß sie grundsätzlich auf irgendwelche Einmischung in innerpolnische Angelegenheiten auf Grund des 103. Artikels des Versailler Vertrags nicht eingehen könne,
2. feststellt, daß die im Versailler Vertrag und der Pariser Konvention Polen verbrieften Rechte, überhaupt nicht verwirklicht wurden, und
3. verlangt, bei derzeitiger Stand der Dinge in Danzig einer gründlichen Revision zu unterziehen und die in Art. 100 und 108 enthaltenen Bestimmungen des Versailler Vertrags tatsächlich durchzuführen.

Die Saargebietfrage vor dem Völkerbund.

Gens, 3. Juli. (Pat.) Lord Robert Cecil begründete heute in der Sitzung des Völkerbundes den englischen Antrag in der Saargebietfrage. Der Vertreter Frankreichs verteidigte den Standpunkt der Kommission, erklärte jedoch, er sei damit einverstanden, daß sich der Völkerbundrat selbst mit der Saargebietfrage beschäftige. Der Vorschlag Brantings, nicht nur Mitglieder der Regierungskommission, sondern auch Vertreter der Bevölkerung aufzufordern in Gens vor dem Völkerbundrat zu erscheinen, wurde auf Verlangen Cecils vorläufig zurückgestellt.

Valutamäßregeln auch in Danzig.

Danzig, 3. Juli. (A. W.) Der Vizepräsident des Senats Dr. Kihm leitete den Mitgliedern des Kantons-

schaftes den Beschluß des Völkerbundrates in der Angelegenheit der Valutareform in Danzig vor:

1. Die Finanzkommission des Völkerbundes stellt fest, daß die Reparationskommission auf Antrag des Völkerbundes eine Erklärung über eine Anleihe von 500 000 Goldmark für Danzig abgeben wird. Die Reparationskommission wird keinerlei besondere Garantien für die Anleihe verlangen.

Diese Antwort kann von Danzig als Grundlage zur Einleitung sofortiger Anleiheverhandlungen betrachtet werden.

2. Die Finanzkommission empfiehlt dem Völkerbundrat weitere Schritte beim Botschafterrat zu unternehmen, damit dieser keine Schwierigkeiten bereite und die Pfänder, die Danzig zu dieser Anleihe benötige, freigebe.

3. Senator Dr. Vollmann gab in der Finanzabteilung die Erklärung ab, daß die unsichere innerpolitische Lage Danzigs den Anleihehandlungen schade. Daraufhin stellt die Finanzkommission des Völkerbundes fest, daß sie in politischen Angelegenheiten nicht zuständig ist. Sie ist der Meinung, daß ein mündlich vorgebrachter Valutareformplan in den entsprechenden Kreisen das beabsichtigte Ziel erreichen würde. In Anbetracht dessen empfiehlt die Finanzabteilung dem Danziger Senat einen verarbeiten Plan dem Völkerbund zu zuzenden.

Mißglückter Anschlag auf das rumänische Königspaar.

Dass es sich bei der auch von uns in der letzten Donnerstag-Ausgabe wiedergegebenen Meldung des Bulgarer "Universul" über ein gegen das rumänische Königspaar geplantes Attentat nicht um ein bloßes Gerücht handele, das beweist ein Bericht, den die Bulgarer Blätter am 30. Juni veröffentlichten. Es heißt da, daß kurz vor der Durchfahrt des königlichen Buges durch die Stationen Galică und Stanislau zwei verdächtige Frauen während der Fahrt aus dem Schnellzuge Warschau-Bularest sprangen, aber vor den polnisch-rumänischen Sicherheitsbehörden verhaftet wurden, die vermuteten, daß sie ein Attentat auf den rumänischen König beabsichtigten. Bei dem Verhör lehnten die Frauen jede Ausklärung ab. In Bularescu-Kreisen behauptet man, daß beide Frauen Mitglieder einer russischen terroristischen Organisation sind.

Das neue litauische Kabinett.

Galvanaukas wieder Ministerpräsident

Kowno, 1. Juli. Die litauische Telegraphenagentur meldet:

Das neue litauische Kabinett hat sich gestern konstituiert. Ministerpräsident ist Galvanaukas. Er führt zugleich das Portefeuille des Außenministers. Inneminister ist Schalkauskas, Landwirtschaftsminister Krupavicius, der Führer der christlich-demokratischen Partei. Justizminister Tumenas, Kriegsminister Schlisis, Finanzminister Petrusis, Minister der jüdischen Angelegenheiten Rosenbaumas, Kultusminister Biskas.

Frankösisch-englische Reparationskonferenz.

Berlin, 3. Juli. (A. W.) "Le Nouvel" berichtet, daß wahrscheinlich französische Kreise beschlossen haben sich mit der Abhaltung einer französisch-englischen Reparationskonferenz einverstanden zu erklären.

Französische Sachverständige werden sich nach London begeben, und dann soll eine Begegnung Boissards mit Baldwin erfolgen.

Berlin, 3. Juli. (A. W.) "Corriere della Sera" berichtet, daß in der französischen Antwort an England die Summe von 31 Milliarden Goldmark angegeben werden soll. Davon fordert Frankreich 26 Milliarden als Entschädigung und 5 Milliarden für Belebungskosten.

Bordeaux, 3. Juli. (Pat.) Der französische Botschafter wurde heute von Lord Curzon empfangen.

Kurze telegraphische Meldungen.

Der Vizepräsident der italienischen Kammer, Pietro Pallo, ist seinem bei dem Attentat am 28. Juni erhaltenen Verletzungen erlegen.

In Glatzberg haben die Besetzungsbehörden einen Transport von 2 Milliarden Mark konfisziert.

Patriarch Tischon hält sofort nach seiner Freilassung einen Gottesdienst im Domsl-Kloster.

die Verwendung farbiger Soldaten in Europa.

Was man in Deutschland über die Verwendung farbiger gegen Deutsche denkt, braucht nicht mehr gelagert zu werden. In dieser Frage ist man sich dort ganz einig. Empörung, färbender Grimm über die Schändung deutscher Mädchen und Frauen spricht aus jedem. Alle wollen diese Schmach, die "Schwarze Schmach", enden; es gibt keine Gegenläufe, nur ein Ziel für alle: hinaus mit den farbigen Soldaten aus Deutschland, die das deutsche Volk schanden, schänden und verseuchen.

Auch der Weg ist klar vorgeschrieben. Nicht Deutschland kann die Entfernung der Farbigen erreichen. Das kann nur der vereinte Druck der weißen Völker, die sich in Einklang mit ihnen befinden drohen Gefahr gegen diese Rassenschande empören. Wenn es ein Übernationales gibt, so ist es die Gemeinsamkeit der weißen Völker der Erde, eine Gemeinsamkeit der nur ihnen eigenen höchsten Kulturngütter, die bedroht ist durch Verlust der Rassereinheit, durch Eindringen farbigen Blutes, das unfehlbar und unüberbringlich Verlust der Hochkultivität bedeutet, d. h. derjenigen Anlagen und Fähigkeiten, die allein die Entwicklung kultivierender Höchstleistungen ermöglichen. Die Erkenntnis dieser drohenden Gefahr ist es, die den Druck erzeugen kann, der so stark ist, daß Frankreich ihm endlich Rechnung tragen muß. Dazu ist die Erfassung des Problems in seiner Tiefe, und die Auflösung der weißen Völker der Erde notwendig. Diese Auflösungsarbeit muß mit ungeahnter Nachhaltigkeit und Stärke geführt werden. Geschieht dies, so ist wohl mit einem Erfolg zu rechnen. Man braucht nur zu agieren, was ist — es ist fürchterlich genug und spricht durch die nackten Tatsachen — und der weißen Welt die Folgen der französischen Farbigenpolitik zu zeigen, die von Niedergang der Kultur in Frankreich heute schon sichtbar werden lassen und in ihrer Auswirkung der Europas bedrohlich machen müssen. Gelingt es aber, die öffentliche Meinung der weißen Völker hierzu zu überzeugen — und es ist heute schon zum Teil gelungen —, so werden im Laufe dieses Gedankens die Augen der Weißen der ganzen Welt sich, magnetisch gezogen, unablässig nach Paris richten, wo die Politiker sitzen, die ihre Rasse verraten, wie auf einen häßlichen Fleck; dann werden alle mit Fingern auf Frankreich zeigen und nicht nachlassen, bis es von seinem Wahnsinn ablässt, mit dem es selbstmörderisch sich selbst und in der Auswirkung Europa vernichtet und vernichtet.

Heute schon ist die Welt aufmerksam besorgt. Die Vergewaltigung weißen Mädchens und Frauen in Deutschland, die "schwarze Schmach", ist eine läudige, traurige Rubrik in den Zeitungen Amerikas, Italiens, Spaniens, Englands, Schwedens, Norwegens, Hollands, der Schweiz, aller weißen Völker. Das tiefe Verständnis zeigt sich naturnäher in den Ländern, die selbst der Gefahr des Blutvermischung mit Farbigen ausgesetzt sind, in Amerika und Südafrika. Immer wieder und eindringlicher kommen von dort die Mahnrufe. Am klarsten erfaßt ein Engländer in der südafrikanischen Zeitung "Spectator" die Lage, indem er schreibt: "Frankreich darf nicht, was es sich selbst mit seinen schwarzen Truppen einträgt; wenn Amerika und England wirklich einmal die Augen aufgehen werden, dann wird Frankreich als Angeklagter vor dem Weltgericht stehen, angeklagt, mit Vorbedacht und Vergnügen die größte Schändung begangen zu haben, die eine weiße Nation begehen kann." Furchtbare Ansage erhält der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, wahrlich kein Deutschenfreund, in italienischen, amerikanischen und englischen Blättern, hohe Kirchenfürsten jeder Konfession, große Frauenvereine erheben beschworenen Protest. Der Engländer G. D. Morel nennt diese Rassenschande: "die Hölle am Rhein", der englische General Thomson: "die Selbstmordpolitik einer kleinen Gruppe von Reaktionären und Militaristen", und der italienische Staatsmann Gabrio Massi für und bläsig: "eine ganz gemeine Schmach". Sogar der Franzose Jean Finot bezeichnet die Besetzung durch schwarze und andere rassistische Truppen als "einen häßlichen

Das Wichtigste im Blatt:

Dollar = 104.000 poln. Mark

Polnisch-Danziger Fragen vor dem Völkerbund.

Das neue litauische Kabinett.

Mißglückter Anschlag auf das rumänische Königspaar.

Frankreich will sich mit England verständigen?

Nied auf dem Schilde Frankreichs", und der Franzose Pierre Chorat warnt eindringlich vor der Verwendung farbiger Truppen gegen Weiße und namentlich vor der Blutmischung mit ihren Söhnen. Rudeusam ist eine Neukierung des Papstes, der sich beim Empfang der italienischen Antislavery-Gesellschaft lobend über deren Einwreien gegen die Verwendung farbiger Truppen in Europa ausgesprochen hat. Ein ganzes Kapitel widmet der Verwendung farbiger Truppen gegen Weiße unter der Überschrift "Weiße Solidarität" der Amerikaner Lohr von Stottard in seinem 1922 erschienenen Buche "Die wachsende Flut der Farbigen" (The rising tide of colour), London, Chapman and Hall, Ltd.). Dies Buch ist äußerst interessant. Es ist ein dozes Lied der weißen Rasse, der die höchste Geistes- und Herzengeschichte eigen ist. Stottard zieht eine interessante Parallele zwischen dem, was der Peloponnesische Krieg für Hellas bedeutet hat, und der Weltkrieg für Europa bedeutet. Dort zahlreiche Staaten, die ihre hochrassige, stolzige Mannschaft in nicht endenden Kriegen aufzehrten, bis sie genötigt waren, den Minderwertigen (Urbevölkerung und mischstämmige oder farbige Einwanderer) immer mehr Rechte im Staate einzuräumen, so daß diese durch ihre Masse schließlich den Staat beherrschten und den Verfall herbeiführten. Im Weltkrieg eine gegenseitige Zersetzung der europäischen Hauptstaaten unter Zuhilfenahme Farbiger, die dadurch größere Rechte, ja die völlige Gleichstellung mit den Weißen errangen. Farbige werden als Vorgesetzte über weiße Franzosen gesetzt. Chen mit Farbigen werden anerkannt, gefördert und mehren sich in großem Umfange, Farbige führen als gleichberechtigte Abgeordnete in der französischen Kammer. Denkmäler für die farbigen Truppen werden errichtet, und ihre Umschmeichelung durch die Machthaber nimmt groteske Formen an. Dadurch wird nicht nur das Prestige der weißen Rasse zerstört; die Überheblichkeit der Farbigen in Frankreich und seinen Kolonien wird in einer Weise gefeiert, die schon jetzt gefährliche Form annimmt. Das Buch von Stottard sollt die Machthaber in Frankreich, vor allem die Herren Mangin und Foch, recht einnehmend studieren. Sie würden dann vielleicht trotz aller Angst- und Machtverbohrtheit doch an ihrer Farbigenpolitik irre werden.

Der Gesichtspunkt der Gefährdung der weißen Rasse wird in der amerikanischen, englischen und skandinavischen Presse bereits in aller Klarheit erkannt und erörtert. Mir liegt z. B. ein Artikel aus dem "Mail Dispatch" vor, der in drastischer Form die Vernegerung Frankreichs behandelt. Heute sind schon Marseille und die Garnisonen des Südens, wo die Farbigen überwintern, tatsächlich keine rein weißen Städte mehr. In Marseille allein wohnen über 10 000 Farbige, die nicht Soldaten sind. Diese "Flut der Farbigen" marschiert langsam, aber mit ödlicher Sicherheit nach Norden, denn es ist wohl nun einmal so, daß der Franzose (wie angeblich überhaupt die mediterrane Rasse) gegenüber den Farbigen das Passengesühl, die instinktmäßige Abneigung nicht in dem Maße empfindet wie z. B. die nordische Rasse. Ist dem aber so, so ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß sich, wenn ständig Divisionen von Farbigen in Frankreich in Garnison liegen, die rassenmäßige Zusammensetzung des Volkes völlig verschiebt, daß es verneget wird.

Was sagt nun Frankreich selbst dazu? Das ist doch letzten Endes die entscheidende Frage. — Es ist klar, daß bei dem politisch leidenden Gedanken: "Wir brauchen die farbigen Truppen", der Rassengesichtspunkt nicht oder nur in sehr vorsichtiger Form erörtert werden kann. Das hat sich bei dem Kampf um den berüchtigten Negerroman "Bataillon" deutlich gezeigt. Auch der französische Oberst Gautier hat sich in seinem wenig bekannten Buche "L'Anglosterre et nous" sehr vorsichtig ausgedrückt, ebenso General Berau in einem Artikel in "L'Officier" vom 29. 8. 22. — Bei der kürzlichen Verabschiedung des Militäretats, der die Verwendung farbiger Einheiten in Frankreich zum ersten Male etabliert legt, hat dagegen trotz langer Debatte überhaupt niemand das Thema zu erörtern gewagt. In der französischen Kammer scheint alles darin einig gewesen zu sein, daß die Farbigen für Frankreich ein vorzüllicher Zufluchtsort seien.

In diese Harmonie schlägt nun plötzlich ein Trompetenton des "Tempo" (26. 4. 23), Reginald Kann: "Les troupes indigènes en France", der dem lästigen Thema herhaft zu Leibe geht, zwar nicht vom Rassenschwundpunkt aus, aber doch herhaft. Er sagt — man bedenke, daß dies im "Tempo" steht —: Wie? 1914 hatte Deutschland eine Armee von 800 000 Mann, eine glänzende Organisation, unzählige Hilfsmittel usw., und wir brauchten keine Farbigen, heute hat es 250 000 Mann (die deutsche Schutzpolizei wird als Militär einfach mitgezählt), keine Waffen usw., und die Farbigen Truppen sind unentdehrlich? Sind sie es etwa nur, um die Dienstzeit der Franzosen abzufüllen? Zum mindesten müßte doch ein Vorteil dabei herauspringen, der die "Unzuträglichkeiten (Inkonveniens)" ausgleiche. Niemand im Parlament habe sich mit dieser Frage beschäftigt; ein vertieftes Studium des westlichen Risikos des "Abenteuers" sei aber dringend nötig. Der lange Artikel untersucht dann das militärische, das koloniale und das finanzielle Risiko und kommt zu einem vernichtenden Ergebnis: keine Vorteile, nur Nachteile. Interessant ist, daß der Verfasser des Artikels vermutet, den Farbigen in Frankreich würden die Augen darüber aufziehen, wie es mit ihren weißen Herren ausgehe. "Le prestige de l'Européen en pâtra." Also auch hier schon das Thema "Erwachen der schwarzen Rasse" in vorsichtiger Weise angedeutet.

Immerhin ein Fortschritt. Aber dieser "Tempo"-Artikel ist eben ein schräger Trompetenton, der die Harmonie des Orchesters empfindlich stört. Zwar eine Stimme der Vernunft, gewiß, und der Appell an die Furcht, der deutlich hervorsticht, hat bei den Franzosen noch immer gewirkt, aber er nicht das Orchester in anderer Tonart spielt, soll man nicht "hoffen", sondern arbeiten. K. K.

Ein Engländer über seine Eindrücke im Ruhrgebiet.

London, 1. Juli. Der Abgeordnete Godfrey Colins schreibt in der "Minister Gazette" über seine Eindrücke bei dem Besuch im Ruhrgebiet, zahlreiche Leute hätten ihm erklärt, daß, selbst wenn die deutsche Regierung die Einstellung des passiven Widerstandes fordern würde, sie diesem Befehl nicht folgen würden, wenn sie nicht überzeugt seien, daß die Franzosen die gegenwärtigen Methoden aufsetzen. Collins ist der Ansicht, daß, wenn das französische Ziel Sicherheit sei, die Franzosen dies auf einem falschen Wege zu erreichen versuchen, denn sie schufen einen Geist der Rache und das Gefühl erlittenen Unrechts, die jahrelang anhalten würden. Frankreich habe zweifellos guten Grund, Deutschland zu fürchten, aber die Sicherheit könne nicht erlaubt werden, indem die Freiheit und Freiheit eines Volkes mit Füßen getreten würden. So lange die französische Regierung die gegenwärtigen Methoden verfolge, könnten keine Reparationszahlungen geleistet werden. Die gegenwärtige Politik werde zum wirtschaftlichen Chaos führen.

Neue Minderheitenpartei.

Zemberg, 3. Juli. (A. W.) Aus Luck wird berichtet, daß daselbst am 2. d. M. Beratungen ukrainischer Politiker zur Bildung einer neuen Partei stattgefunden haben. Es waren auch Delegierte aus Lemberg erschienen. Den Vorsitz führte der Abgeordnete Waszczyk. Die Versammelten bestanden meist aus radikalen galizischen Ukrainern.

Der Mergier der "Rzeczpospolita".

Trotzdem die ultrachauvinistische und frankophile "Rzeczpospolita" zurzeit die Gegenwart hat, sich gewissermaßen als Regierungsorgan betrachten zu dürfen, so hat sie dennoch ihren nicht geringen Mergier. Diesmal hat es ihr die Polnische Telegraphen-Agentur angetan, u. zw. durch nachstehende Depesche:

Osieki, 2. Juli. (Pat.) "Sunday Times" stellt fest, daß unabhängig von den chauvinistischen Aussagen Poincarés und seiner Minister die französische Regierung sich doch darüber Rechenschaft ablegt, daß die Reparationsfrage unbedingt in nächster Zukunft gelöst werden müsse. Was Deutschland anbetrifft, so wird es sich gleichfalls von dem tatsächlichen Stande der Dinge überzeugen.

Die "Rzeczpospolita", die sich als bernsteine Sachwalterin der französischen Interessen auf polnischem Boden fühlt und aufzufliegen ist, darf höchst entrüstet und sie bringt diese ihre Empörung in nächstehendem kurzen Kommentar zum Ausdruck:

"Gehet die Polnische Telegraphen-Agentur es als ihre Aufgabe, alles zu verbreiten, was diesem oder jenem Blatte zu schreiben beliebt und sogar — den Chauvinismus Poincarés festzustellen?"

Das paßt der "Rzeczpospolita" und ihrem famosen Chefredakteur Herrn Stronski natürlich nicht in den Kram. Wie kann die Pat.-Agentur — und wenn auch nur ausnahmsweise einmal — den Mut haben, nicht ein seitig zu sein und eine nicht frankophile Ansicht zu Worte kommen lassen? Herr Stronski wünscht sich alles andere, nur nicht die Wahrheit zu hören!

Die kostspielige Entdeutschungspolitik.

In der Nummer der "Franz. Ztg." vom 20. Juli lesen wir folgendes:

Unter anderen schweren Bestimmungen hatte der Versailler Vertrag auch, wie bereits mehrfach ausgeführt wurde, den Polen das Recht gegeben, daß Vermögen der deutschen Staatsbürger in Polen sowie eine Reihe anderer Besitzungen von zu polnischen Staatsbürgern gewordenen Deutschen zu liquidiert werden, wenn es sich um Ansiedlungsgüter handelte. Die Betroffenen mußten naturgemäß entschädigt werden. Polen begnügte hierbei ein System, das fast den Methoden gleich kam, die die Staaten der Entente an dem Vermögen der in ihren Ländern sesshaft gewesenen Deutschen vorgenommen haben. Fast in allen Fällen, in denen Liquidationen veranstaltet wurden, fand Polen Mittel, um die Besitzer zu zwingen, ihre Güter zu den lächerlichsten Schleuderpreisen herzugeben, die oft nicht einmal den Wert einer einzigen Kuh, auch bei großen Besitzungen, ausmachten. Ein beliebtes Verfahren bestand zunächst einmal darin, daß der Kreis der Bewerber für das Gut durch allerhand Bedingungen nach Möglichkeit eingeschränkt wurde. Jeder Ausländer wurde von dem Erwerb des Gutes ausgeschlossen; es wurde ferner verlangt, daß der Erwerber dem polnischen Staate nicht feindlich gesinnt sei und daß der Erwerb nicht zu Spekulationszwecken benutzt werde. Da es sich hierbei — nur um elastische Bestimmungen handelte, deren Auslegung dem Starosten jede Freiheit ließ, so war es ein leichtes, die liquidierten Güter nur ganz bestimmten Personen zuzuwiesen, die sich oft genug aus dem nächsten Bekannten-

und Verwandtenkreise des Starosten rekrutierten und denen es bei der vollkommen ausgeschlossenen Bewerberkonkurrenz, ein leichtes war, den Spottpreis durchzusetzen, den sie für das Gut anzulegen gedachten.

Noch längen Vorberhandlungen hat nun endlich das polnisch-deutsche Schiedsgericht seine Tagungen begonnen, und gleich die erste Sitzung hat eine Reihe von grundsätzlichen Fragen behandelt, darunter vor allem die, ob der polnische Staat berechtigt sei, die angeführten einschränkenden Bestimmungen aufzuerlegen. Das Gericht hat diese Frage glatt verneint und erklärt, daß der polnische Staat für die Differenzen zwischen dem Liquidationserlös und dem Marktwert haftbar sei. Polen hatte den Versuch gemacht, von der Kompetenz des Schiedsgerichts diejenigen Bürger deutscher Nationalität anzuschalten, denen es das Recht, sich polnische Staatsbürger zu nennen, bestreitet. Nun ist bekanntlich augenblicklich kein Deutscher mehr davon sicher, daß eines Tages ihm das polnische Bürgerrecht abgenommen werde und er alle die Peinlichkeiten über sich ergehen lassen muß, die der Versailler Vertrag für den Deutschen in Polen geschaffen hat und die Polen nach Möglichkeit zu erweitern sucht. Das Gericht aber hat sich auch für diese Geschäftigkeit zuständig erklärt. Die nächste Wirkung des Gerichtsurteils ist nur einmal die, daß der polnische Staat nachträglich ungezählte Milliarden an die ehemaligen Besitzer liquidierter Güter zu zahlen haben wird, die gezwungen worden sind, ihren Besitz zu Schandpreisen abzutzen. Eine weitere Folge wird aber die sein, daß die Verreibung von Deutschen aus ihrem Besitz eine recht kostspielige Sache für Polen werden wird.

Sikorski, der verslossene Ministerpräsident, hat bekanntlich unter dem Beifall aller "echt polnischen" Leute und der meisten Parteien der Rechten und Linken die Entdeutschung der ehemals preußischen Landesteile und zwar innerhalb eines Jahres proklamiert. Diese Entdeutschung wäre nach dem alten System keine so besonders schwierige Aufgabe gewesen. Nun wird es sich darum handeln, die Mittel aufzubringen, um die weggenommenen Güter auch bezahlen zu können. Die wenigen hundert Millionen, die der Staat bisher für diesen Zweck ausgeworfen hat, hätten wohl für das bisherige Verfahren genügt, nach der Entscheidung des Schiedsgerichts aber stellen sie eine geradezu lächerliche Summe dar. Woher der Staat die nötigen Summen nehmen will, ist völlig unklar. Der Sejm hat nun zwar die neuen Steuergesetze angenommen, darunter die lange belämpfte Bodensteuer, die den Landbesitz wirklich sehr schwer belastet (30, 60 und mehr Prozent des Nettoeinkommens, wozu noch andere Steuern hinzutreten). Aber diese Bodensteuer, die von einzelnen Gutsbesitzern in ungünstiger Lage wohl kaum ausgebracht werden kann, und die sie zwingen wird, ihren Besitz oder Teile desselben zu verkaufen, bringt dem polnischen Staat ein Ertragsnis von nicht mehr als 500 Milliarden. Ein Abgeordneter der Bauernpartei, also der Partei des Ministerpräsidenten Witos, führte dazu aus, daß diese Summe noch nicht einmal hinreiche, um die Pensionen der Beamten zu zahlen! Die 400.000 Beamten, die Polen heute besitzt (das polnische Auswärtige Amt, behauptete er, habe zehnmal so viele Beamte wie das englische Foreign Office), kosteten der Staat allein die Kleinigkeit von 3000 Milliarden!

Woher wird man also bei einem solchen Finanzierend die Mittel nehmen, um die Entdeutschungspolitik durchzuführen, wenn man wirklich ehrlich bezahlen muß?

Fort mit dem Passzwang!

Prof. Dr. Heinrich Ranckberg schreibt im "Prager Tagblatt" sehr richtig:

Die Union der Geschäftsrätsenden hat sich an die Interparlamentarische Handelskonferenz mit der Bitte um Schutz vor den Passchlägen und anderen Benachteiligungen gewendet, die Auslandsreisen noch immer erschweren und verteuern. Ich denke, nicht nur die Geschäftsrätsenden, alle Menschen, die Interessen im Ausland haben, müssen ihre Stimme gegen den Passzwang und die Ausübung der Reisenden erheben. Daß die Staaten während des Krieges ihre Grenzen gegen alle abgesperrt haben, die sich nicht mit Pass und Aufenthaltsbewilligung ausweisen konnten, hat ihnen zwar nicht viel genützt, war aber begreiflich. Vier-einhalb Jahre nach der Beendigung des Krieges für solche Maßnahmen schändlich. Die Regierungen stehen nicht so tief unter dem Durchschnitt menschlicher Intelligenz, daß sie das nicht selbst einsähen. Trotzdem halten sie am Pass- und Visumzwang fest, weil er ihnen eine reiche Einnahmequelle eröffnet hat. Die Auslandsvertretungen kosten viel Geld. Früher mußten sie aus den Taschen der Steuerträger bezahlt werden. Jetzt sind sie in den Staaten mit regem Auslandsverkehr zu gut gehenden Erwerbsunternehmungen geworden, denen es ihre Monopolstellung ermöglicht, mit außerschönem Neingewinn zu arbeiten.

Dagegen protestieren wir. Gesandtschaften und Consulate sind nicht dazu da, um für den Staat Gold zu verdienen. Daß obrigkeitliche Akte, die im privaten Interesse vorgenommen werden, mit einer Gebühr belegt werden, ist recht und billig. Aber nur unter zwei Voraussetzungen: Die Leistung der Behörde muß dem privaten Interesse wirklich entsprechen und die Gebühr muß im richtigen Verhältnisse zur Leistung stehen. Bei den Sichtvermerken ist weder das eine noch das andere der Fall. Daß die fremde Vertretungsbehörde meinen Pass vor dem Austritt der Reise mit Stempel und Unterschrift verzerrt, ist sinn- und zwecklos, und der Vertrag, der mir hierfür abgesondert wird, steht in seinem Verhältnisse zur Arbeitsleistung. In Wirk-

lichkeit hat er nicht den Charakter einer Gebühr, sondern eines Eintrittsgeldes in den fremden Staat oder einer Kopfsteuer auf Ausländer. Vollends schärf ist dieser Charakter bei den Aufenthaltsgebühren ausvergängt, die beim Fremden nach erfolgter Einreise für die bloße Tatsache seiner Existenz abgenommen werden. Das kostet einen barbaren rohe Abgabeform sind, wodurch jeder Ansänger in der Finanzwissenschaft. Die Überschreitung der Grenze ist ebensowenig ein Kennzeichen der Steuerkraft als der Aufenthalt im fremden Staat. Das ist bei der Fremdensteuer auch ernsthafte Sache ist, ist ein Anzeichen aufzähmender Einsicht, aber keine Entschuldigung. Gleichstellung der Fremden mit den Inländern galt vor dem Kriege als ein Merkmal des Kulturstates. Die gegenwärtige Behandlung der Fremden ist kein Fortschritt. Ein Beleg dafür ist auch die Behandlung bei der Pass- und Zollrevision. Über dieses Kapitel ist schon soviel gesagt worden, daß ich mir jedes weitere Wort ersparen darf.

Aber die Steuer- und Rationsforderungen bei der Bewerbung um einen Pass kann ich nicht mit Stillschweigen übersehen. Was wird damit bezweckt? Glaubt man wirklich, daß die Staatsbürger ins Ausland flüchten, um der einheimischen Steuer zu entgehen? Rellende sind nicht Auswanderer. Sie kommen nach kürzerer oder längerer Zeit zurück in das Vaterland und in den Bereich seiner Finanzgewalt. Die Steuerbehörden sind seit Jahren mit den Beschreibungen im Rücklande. Ich mache ihnen keinen Vorwurf daran, denn sie haben zu wenig Personal. Ist es da nicht blauer Unstimm, wenn hochqualifizierte Beamte tagelang von ihrer für den Staat wirklich produktiven Arbeit abgezogen werden, um mit den Beamten, die sich vor ihrer Tür drängen und kostbare Zeit verschwenden, über Steuerzahlungen (Notabene über Anzahlungen noch nicht ermessener Steuern!) und Steuerauflagen zu verhandeln? Vorteil davon haben nur die Banken, die sich ihre Garantie gut bezahlen lassen.

Die Union der Geschäftskreisenden war mit ihren Forderungen viel zu bescheiden. Nicht die Wilderung, eine Aufhebung des ganzen Systems ist zu fordern. Weg mit dem Passzwang und weg mit den Sichtmerkmalen, Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen, weg mit den Steuerauflagen und Fremdenabgaben! Für die Spitzbüben sind Polizei und Gerichte da; aufständische Menschen brauchen keine Polizeikontrolle, wenn sie ins Ausland fahren, ebenso wenig wie im Innlande. Bei Nacht beschaffen ist der aus der Kriegszeit behandelte Apparat der Grenz- und Fremdenpolizei nur schädlich. Ober nicht? Also was muß er? hat der Staat ein Interesse daran, die Auslandskreisen seiner Angehörigen zu kontrollieren oder zu erschweren? Nein, jedermann ist durch tausendfache Interessen an Heimat und Wohnstätte gebunden, niemand wird ausreisen, um sich der Steuer- und Wehrpflicht zu entziehen, und wenn es einer tun wollte, so ist der Passzwang kein Mittel, um ihn endgültig daran zu hindern. Jedenfalls ist der Schaden, den diese Ausreiser dem Staat bringen können, viel zu gering, um die Belästigung aller anderen Staatsbürger zu rechtfertigen. Haben die Staaten Nutzen davon oder bewahren sie sich vor Schaden, wenn sie Fremden den Eintritt verwehren oder ihnen den Aufenthalt erschweren? Nein. Denn der Fremde bringt Geld ins Land und macht vielleicht Geschäfte, die nicht nur ihm, sondern auch dem einheimischen Konkurrenten nützlich sind; sonst würde er sie nicht abschließen. Benimmt sich der Fremde gemeinschädlich, so kann er jederzeit bestraft und abgeschoben werden. Selbstverständlich muß jeder Staat darauf bedacht sein, daß Lohnniveau seiner Arbeiterschaft vor der Konkurrenz eines kulturell stehenden Arbeitsangebots zu schützen. Aber das gehört auf ein anderes Blatt und hat nichts zu schaffen mit der allgemeinen Grenz- und Fremderpolitik. Über den heimischen Sorgen und Argwohnen steht das große Interesse an der Wiederherstellung reiner internatio-

naler Beziehungen, steht der Gedanke der persönlichen Freiheit, dem die Forderung nach Freizügigkeit und freier Beauftragung der Menschen ohne Unterschied der Staatsgrenzen und der Staatsangehörigkeit entspringt. Darum nochmals: weg mit dem Passzwang!

Lokales.

Łódź, den 4. Juli 1923.

Polen als Transitland für russische Auswanderer. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung das Angebot des englisch-amerikanischen Konsortiums bestehend aus den Schiffahrtsgesellschaften Canard Line, Canadian Pacific, White- und Red Star-Line u. a. betreffend Einrichtung des Passagierdienstes aus Russland nach Amerika abgelehnt und mit der Beschränkung der russischen Auswanderer nach Amerika die russische Gesellschaft der Freiwilligen Flotte beauftragt habe. Dagegen traf die Freiwillige Flotte ein Abkommen mit dem genannten Konsortium, zufolgedessen das letztere zur Einrichtung des Passagierdienstes in Russland durch Vermittelung der Agenturen der Freiwilligen Flotte zugelassen wird. Da nun die Vereinigten Staaten keine offizielle Vertretung in Sowjetrussland haben, kommt — wie die „Gazeta Lwowska“ erfährt — das amerikanische Konsulat in Warschau als jene Stelle in Betracht, welcher die Versorgung der Reisedokumente der russischen Auswanderer mit Einreisevisen obliegen wird. Der russische Einwandererkontingent wurde von dem amerikanischen Immigrationsamt mit 50,000 Personen festgesetzt. Gegenwärtig gehen die russischen Auswanderertransporte zum Teil über Polen.

Es regnet. Traurig ist die Straße, und der Himmel hängt nicht voller Geigen, sondern voll häßlicher Wolken. Vom Juli keine Spur. Oktoberwetter. Wer sich zur Abfahrt in die Sommerfrische rüstet, blickt betrübt und sorgenvoll ins Grau des Himmels. Vorgestern und gestern hatte die Natur ihren Waschtag. In den Straßen sloss das Wasser, und die Klugen zogen Bergstiefel an. Alles sah verweint aus, die Parkanlagen waren eine Unterwelt voll Jammer und Betrübnis. Voll dagegen waren die Cafés und auch die Kinos. Wohin sollen denn die Menschen gehen, wenn die Hand des Regenschirms überdrüssig wird? In den Kinos sieht man Landschaften voll Duft, voll Farben und voll Sonne und das Herz weiß, daß es Sommer ist. Über Wetterfragen Konversation zu führen, ist nach Knigge eigentlich verpönt. Gestern war es ein Bedürfnis. Viele trauerten dem Sommertag nach, den die Natur so stiefmütterlich abgesegnet hat. Des Regens ist es nun genug und hoffentlich scheint bald wieder die Sonne.

pap. Warnung an die Auswanderer. Wie wir vom Auswandereramt erfahren, überreden einige Agenten und Makler die Auswanderer, die durch die Erhöhung der Einwanderung durch die amerikanische Regierung nicht nach den Vereinigten Staaten gelangen können, dazu, nach Kuba zu fahren, da von dort aus die Einreisegelegenheit nach den Vereinigten Staaten leichter sei. Um sie zum Kauf der Schiffskarte zu ermuntern, wird ihnen versprochen, daß sie während ihres Aufenthalts in Kuba selbst in den Zuckerplantagen lohnenden Erwerb finden könnten. Das Auswandereramt warnt davor, da hunderte polnische Auswanderer auf Kuba in schrecklichster Not leben und den Wirkungen des für den Europäer überaus schädlichen Klimas ausgesetzt sind. Wer auf ungesetzlichem Wege nach Nordamerika gelangen will, wird von den amerikanischen Behörden zurückgeschickt, ohne Pass und ohne Geld zur Weiterreise. Denn bei einer gefährlichen Einreise gelten dieselben Bestimmungen, wie für polnische Staatsbürger, die aus Polen kommen. Außerdem muß der Auswanderer sich ein ganzes Jahr in Kuba aufzuhalten, bevor er nach den Vereinigten Staaten fahren darf.

Die Angelegenheit der geplanten Hochschule in Łódź wurde in der Sejmsskommission geprüft und beschlossen, sich an die Regierung mit der Bitte zu wenden, eine besondere Konferenz von Vertretern der Wissenschaft einzuberufen, um ein maßgebendes Urteil zu erhalten.

pap. Die Sacharinpriize wurden wie folgt erhöht: Sacharin in Pakielen 2. To. 200 Pakielen von 330facher Stärke von 1500 auf 3000 M., Kristallsacharin 2. 3—10 Gr. von 2400 auf 5000 M., Kristallsacharin 2. 7—15 Gr. von 360 auf 700 M., 2. 1 25 Pakielen auf 125 M. das Stück.

pap. Neue Tabak- und Zigarettenpreise. Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers vom 27. Juni wurde der Preis für Tabakerzeugnisse vom 3. Juli ab im Kleinverkauf abermals erhöht. Die Preise für Tabakerzeugnisse staatlicher Fabriken sind folgende: Zigaretten: „Havana“ 4500 M., „Belvedere“ 3600 M., „Wavel“ 3300 M., „Britannica“ 3100 M., „Tribaco“ 2700 M., „Cuba“ 2400 M., „Borborico“ 1800 M. Gemischte ausländische Zigaretten 1500 M., „Capitale“ 1100 M., „Virginia“ 1500 M., „Brazil-Virginia“ 1100 M. Zigaretten: „Sphinx“ 700 M., „Dames“ 650 M., „Kalis“ 650 M., „Redy“ 650 M., „Egipci“ 600 M., „Club“ 380 M., „Sejmowe“ 380 M., „President“ 360 M., „Dame“ 360 M., „Kings“ 290 M., „Emir“ 290 M., „Rogon“ 380 M., „Sport“ 380 M., „Barbawskie“ 380 M., „Syrena“ 240 M., „Wiel“ 240 M., „Warka“ 210 M. Zigarettentabak: „Aix“ 860 000 M., „Kalis“ 720 000 M., „Najprzedniejszy sułtański“ 600 000 M., „Najprzedniejszy macedoński“ 450 000 M., „Najprzedniejszy turecki“ 480 000 M., „Przedni turecki“ 360 000 M., „Sredni turecki“ 210 000 M., „Krejowny“ 240 000 M. für je ein Kilogr. Pfeiftabak: „Przedni fajkowy“ 144 000 M. und „Zwyczajny fajkowy“ 104 000 M. für 1 Kilogr.

Die Preise für Erzeugnisse privater Fabriken stellen sich wie folgt dar: Zigaretten: „Larus A“ 5400 M., „Larus B“ 4200 M., „Najprzedniejsze A“ 3770 M., „Najprzedniejsze B“ 3000 M., „Przednie A“ 2500 M., „Przednie B“ 1900 M., „Srednie A“ 1640 M.; Zigaretten „Przednis“ 1100 M., „Srednie“ 880 M., Zigaretten „Larus A“ ohne Mundstück 670 M., mit Mundstück 600 M., „Larus B“ 550 M. (480 M.) „Najprzedniejsze A“ 420 M., „Najprzedniejsze B“ 360 M., „Przednie A“ 330 M., „Przednie B“ 300 M., „Srednie A“ 260 M. Zigarettentabak: „Lukusowys“ 600 000 M., „Najprzedniejszy“ 435 000 M., „Przedni“ 360 000 M., „Sredni A“ 265 000 M., „Sredni B“ 156 000 M., „Sredni C“ 104 000 M. Kautabak 192 000 M., Machorka 120 000 M. Schnupftabak „Przedni“ 72 000 M. und „Sredni“ 48 000 für je 1 Kilogr.

bip. Abschied von Dr. Garapich. Gestern fand zu Ehren Dr. Garapichs der binnen kurzem Łódź verlassen wird, im Hotel „Monteul“ ein Abschiedsfest statt. An diesem Bankett, das einen sehr herzlichen Charakter trug, nahmen 60 Personen, darunter der Herr Wojewode sowie die Herren Abteilungsleiter, die Vertreter der Starosten und der Polizei, teil. Der Herr Wojewode Remowski und Bizejewodzki zögerten hielt Ansprachen. Ferner verabschiedeten sich von Dr. Garapich im Namen der Abteilungsleiter, der Leiter der Abteilung für öffentliche Fürsorge, Herr Wojciechowski, im Namen der Starosten der Stadt des Łódź Kreises Herr Remiszewski und im Namen sämtlicher Beamten der Vertreter des Starosten, Herr Dutwicz. In diesen zahlreichen Ansprachen wurden vor allem die Charaktereitschaften und ungewöhnlichen Organisationsfähigkeiten Dr. Garapichs hervorgehoben, dank welchem er unter schwierigen Bedingungen in kurzer Zeit den Wojewodschaftsapparat zu

„Und wenn wir sie nicht wiederfinden? Sie war der letzte Gedanke meines armen Mannes, wie sie die Freude und Sorge seines Lebens seit nunzehn Jahren war — und er hat sie mir mit seinem letzten Blick, den ich jetzt verstehen, ans Herz gelegt! Ich könnte nie im Leben mehr Ruhe finden, wenn . . .“

„Und ich?“ unterbrach sie Spannberg stürmisch, „der sie mehr als alles auf Erden liebt, dem sie das Leben selbst bedeutet? Sie wissen nicht, was ich seit gestern leide . . . ich selbst habe nicht geahnt, wie tief und leidenschaftlich diese Liebe in mir über Nacht werden konnte, die gestern noch so heiter und fröhlich wie Sonnenschein über meinem Leben strahlte!“

„Gestern! Ach gestern . . .“ Um Marianne hellkreis Lippen zuckte es schmerzvoll. „Wie sah uns beiden da noch alles so anders aus! Mein lieber . . . alter Freund!“

„Sagen Sie fortan nur Richard zu mir und lassen Sie mich Sie Mama nennen, wie . . . wie Serena es tat! Ja, darf ich? Mir ist, als stünde mir kein Mensch auf Erden jetzt so nahe wie Sie!“

„Von herzen gern!“ Sie drückte warm seine Hand. Dann sah sie ihn aufmerksam an.

„Sie haben noch etwas auf dem Herzen, Richard! Warum sprechen Sie es nicht aus?“

„Weil ich nicht weiß, wie ich in Worte fassen soll, was mich seit gestern unablässigt beunruhigt. Es ist alles so unklar. Und es wird Sie von neuem erregen, wenn ich von jenem Zeittel spreche, den Ihr Gemahl vor seinem Tode schrieb. Aber es muß ja sein. Nur Sie können die Worte erklären . . .“

Fortsetzung folgt.

Das sere und Zukünftige
Wird Gottes Weisheit lenken,
Das Nächste und das Ewige,
Das lerne du beobachten! D. Kirchner.

Über den Ozean.

Roman von Erich Ebenstein.

Nachdruck verboten.

(5. Fortsetzung.)

Aber wie bringen Sie denn dieses grausliche Verbrechen mit dem Sekretär Greiner in Verbindung? Liegt irgend ein Verdacht gegen ihn vor?

„Offiziell nicht“, antwortete Spannberg erröternd, „wenigstens bis jetzt noch nicht und ich spreche meinen Verdacht auch nur zu Ihnen aus, gnädige Frau. Es geht mir wie Ihnen: Greiner hat mir nie gesessen. Er hat den Blick einer Schlange. Er nahm vor drei Tagen Urlaub auf eine Woche, angeblich, um zu seiner Mutter nach Südtirol zu reisen. Aber mein Kammerdiener Stenzer behauptet, ihm noch vorgestern abend in der Dämmerung am Losenegg Kreuzbühl begegnet zu sein. Er trug, wie Stenzer sagt, einen Sportanzug und schlug sich eilig in die Büsche, als er Stenzer kommen sah. Dazu kommt die Personenbeschreibung, die mir Frau von Krämer gab, und eine Ahnung, die mir keine Ruhe läßt, er habe seine Hand auch bei Serenas Verschwinden im Spiel!“

„Es wäre grauslich! Das arme Kind schuß- und wahrscheinlich auch ahnungslos in den Händen eines Mörders! Oh, was tun wir nur — was tun wir, um sie aus seiner Gewalt zu befreien?“ rief Frau Marianne hängend und brach in Tränen aus.

Spannberg suchte sie zu beruhigen,

„Erst müssen wir abwarten, ob mein Verdacht sich bewahrheitet. Ich war deshalb selbst heute in aller Morgenfrühe in Losenegg, wo es von Kriminalbeamten und Detektiven wimmelt, um die Leute ein wenig auszuhorchen. Es scheint, daß da und dort Greiners „Urlaub“ doch schon einige Bedenken weckte und man in aller Stille seine Spur sucht. Stenzer habe ich angewiesen, aus seiner Begegnung kein Geheimnis zu machen. So wird die Behörde wohl sehr bald aus eigenem Antrieb seine Aussage verlangen . . .“

„Aber darüber vergeht Zeit! Inzwischen kann Serena Spur ganz verloren gehen!“

„Nein, gnädige Frau. Unter den Leuten, mit denen ich in Losenegg sprach, war einer, dessen Intelligenz mir weit über dem Durchschnitt zu stehen scheint und ich entschloß mich deshalb, ihn für unsere Sache zu gewinnen. Ich glaube dabei in Ihrem Sinne gehandelt zu haben, wenn ich als Bedingung stellte, die Sache dürfe nicht an die große Glocke gehängt; sondern müsse wenigstens vorläufig ganz diskret behandelt werden. Dies wurde mir auch zugestanden. Inspektor Wenk — so heißt mein Mann — hat bereits Urlaub erbeten und seinen Vorgesetzten so weit wie es notwendig war, ins Vertrauen gezogen. Der Urlaub wurde ihm sofort mündlich erteilt und er arbeitet gewiß bereits in unserer Angelegenheit. Da ihm als Kriminalinspektor jederzeit auch die Hilfe der offiziellen Behörden zur Verfügung steht, müssen wir das Beste hoffen. Jedenfalls geschah alles, was sich für den Augenblick tun ließ.“

Drittes Kapitel.

Spannberg schwieg. Frau Marianne weinte leise vor sich hin. Plötzlich richtete sie sich wild auf.

organisieren und sich das Vertrauen seiner Untergebenen zu erringen vermöchte.

bip. Erhöhung der Streichholzsteuer. Der Ministrerrat hat eine Erhöhung der Streichholzsteuer angeordnet. Danach kosten 1000 Steuerkettbänder 121.000 Mark, wobei 1000 M. Herstellungskosten mit einbezogen sind. Schachteln, die nicht mehr als 60 Stück Streichhölzer enthalten, müssen mit einem Streifband für 120 M. beliebt werden. Eine Ausnahme bilden solche, bei denen die Anzahl der Streichhölzer weniger als 30 ausmacht, von denen zwei mit einem Streifband versehen werden können. Einer nachträglichen Besteuerung unterliegen nur Vorräte, die mehr als 500 Schachteln umfassen.

bip. Nach Schließung der Ausstellung von Volkschülerarbeiten werden nunmehr im Laufe von 3 Tagen die Ausstellungsgegenstände den einzelnen Schulen zurückgestellt. Die eingehende Statistik des Ausstellungsbuches stellt sich wie folgt dar: im Laufe der ersten 9 Tage besuchten die Ausstellung im ganzen 5256 Kinder unter Leitung von 194 Lehrern. Hieron waren 16 Schulen aus dem Lodzi Kreise und 68 Schulen aus Lodzi. Außerdem wurde die Ausstellung von zwei Elterngruppen, 87 Lehrern und 289 Kindern besucht. Angesichts des guten Erfolges, den die Ausstellung erzielte, beabsichtigt das Ausstellungskomitee auch im kommenden Jahre eine solche Ausstellung zu veranstalten und zwar im größeren Stil.

bip. Zum Ausbau des Schulwesens. Gestern schließen die Schulbehörden des Lodzi Kreises die Anordnung, in aller nächster Zeit Entwürfe der Schulhauspläne anzuarbeiten, in denen für den allgemeinen Ausbau des Schulwesens größere Summen vorgesehen sein müssen.

bip. In den ersten Tagen dieses Monats werden die Schulbehörden des ganzen Lodzi Kreises zur Zustandsbeurteilung der Schulen schreiten. Gleichzeitig sollen die für Schulen und Wohnungen der Lehrer notwendig gewordenen Räumlichkeiten beschafft werden.

bip. Das staatliche epidemiologische und das städtische bacteriologische Institut wurden von der Banska 115 nach der Gdanska 44 verlegt.

bip. Das teure Lodzi. Auf einer Konferenz im Referat zur Bekämpfung des Wuhers wurde nachstehende Preisliste für Restaurationen und Konditoreien festgesetzt: Tee 1200, mit Bittere 1500 M., mit Milch 1500 Mark, Milch 1200 M. (in eröffnigen Konditoreien und Restaurants 1500 M.), weißer Kaffee 2200 M. (2500 Mark), schwarzer Kaffee 2200 M. (2500 M.), halbschwarzer Kaffee 1500 M. (1700 M.), eine Tasse Schokolade 2500 Mark, ein Glas Schokolade 4800 Mark, saure Milch mit Sahne 3000 M., eine ganze Portion, eine halbe 2000 M., Frühstücksteller mit Butter 1500 M. (2000 M.) die Portion 1/2 kg., ein gekochtes Ei 1800 M. (1500 M.), in der Tierspeise 1800 M. (2000 M.), im Omlette 2000 Mark, ein Glas Sahne 5000 M. (6000 M.), eine halbe Portion 3000 M., Schmandkäse 2000 M. 10 dg., ein Stückchen Butter 800 M. (400 M.), eine Semmel 500 Mark, ein Stückchen Brot 400 M., ein Stückchen Kuchen 1200 M., Hefekuchen 900 M. Der Preis für ein Mittagessen aus 2 Gangen bestehend kostet 8000 Mark (9000 M.), während der für ein Abendbrot unverändert blieb.

bip. Im Handel herrscht weiterhin ein großer Stillstand, besonders in der Manufakturbranche. Die Bevölkerung hält sich vom Kauf zurück, da die Waren im Preise mehr gestiegen sind als die Artikel des täglichen Bedarfs. Obwohl die Kaufleute in absehbarer Zeit keine Änderung dieser Lage erwarten, denken sie doch nicht daran, die Preise der Waren herabzusetzen.

bip. Die Tenerierung im Juni. Die örtliche Kommission zur Prüfung der Unterhaltslisten hat festgestellt, daß im Juni 1. J. die täglichen Unterhaltslisten einer aus 4 Personen bestehenden Arbeitersfamilie 26.480 Mark betragen, was im Vergleich zum Mai einer Erhöhung der Kosten um 5755 Mark und 19 Pfen., oder, in Prozenten ausgedrückt 27,77 Prozent ausmacht.

bip. Keine Verlängerung des Termins für die Nachzahlung zu den Gewerbescheinen. Wie man uns aus möglichen Kreisen berichtet, wird der auf den 27. Juli d. J. festgesetzte Endtermin für die Entrichtung der Buschlagszahlungen zu den Gewerbescheinen nicht verlängert.

bip. Auszüge aus den Seelenbüchern. Vielen nicht ständigen Einwohnern der Stadt Lodzi erwachsen beim Besorgen ihrer Pässe dadurch Schwierigkeiten, daß sie keinen Auszug aus den Seelenbüchern ihres ständigen Wohnorts (Wyciąg z ksiąg ludności) besitzen. Um einen solchen Auszug zu erhalten, braucht man nicht unbedingt persönlich nach diesem Ort zu reisen, sondern kann dies brieflich durch Übersendung eines Gesuches, erledigen, dem 5000 M. Kanzlei- und Postgebühren beizufügen sind. Der Paß kann nur in dem Ort ausgestellt werden, in dem man ansässig ist. Für die Kinder, die in die Bücher der ständigen Einwohnerchaft noch nicht eingetragen wurden, müssen Geburtscheine beigelegt werden. Auch bei der Einreichung eines Gesuches an die Musterungskommission um Zurückstellung vom Heeresdienst auf Grund des 61. Artikels des zeitweiligen Gesetzes über die Dienstpflicht muß ein Auszug aus den Seelenbüchern vorgelegt werden.

Wer's glaubt . . . Wir lesen im „Kurjer Warszawski“: Manche russische Staatsbürger, die sich in Polen ungesiecht aufzuhalten, kehren bisher nicht nach Russland zurück, weil sie dort keinen Straferlaß zu erwarten

haben. Auf die Bemühungen des ukrainischen Komitees hin, erteilte Sowjetrussland in den letzten Tagen eine solche Amnestie und die polnischen Behörden haben den Termin der Ausreise dieser Personen bis zum 15. Juli verlängert.

Ein vernünftiger Vorschlag. Die Direktion der Lodzi Straßenbahn hat sich an den Magistrat mit dem Vorschlag gewandt, anstatt der Magistratskasse monatlich viele Hundert Millionen Mark Fahrtkartensteuer zu entrichten für dieses Geld bzw. für einen Teil desselben, eine Umpflasterung derjenigen Straßen vorzunehmen, die von der Straßenbahn befahren werden. Das neue Plaster würde aus schwedischen Granitwürfeln bestehen. Das Präsidium des Magistrats nimmt diesem Vorschlag gegenüber einen geneigten Standpunkt ein und hat sich an die Straßenbahndirektion mit der Bitte um sachliche Vorschläge gewandt, auf Grund deren ein Vertrag abgeschlossen werden könnte. Nur sind die Magistratsbehörden dafür, daß nicht mehr als 50 Prozent der Tramwaysteuer zur Umpflasterung verwendet werden soll. Sollte der Vertrag zustande kommen, so würde zuerst die Umpflasterung der Betriebswege in ihrer ganzen Länge in Angriff genommen werden.

Bestrafte Schulkind. Die Kommission für Volksbildung hat in der Zeit vom 25. bis zum 30. Juni 2 Personen mit 1, und 2 Personen mit 2 Tagen Haft bestraft, da sie es unterlassen hatten, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

bip. Der Kreisschulrat wandte sich an die Schulbehörden und Gemeindeämter des Lodzi Kreises mit der Anforderung, Verzeichnisse der Grafen und Bestrafen für Nichtbeachtung des Schulzwanges in möglichst kurzer Zeit anzufertigen, und ihm auszugeben.

bip. Die Urlaube in der Industrie. Wie wir erfahren, werden die Textilsachverbände in aller nächster Zeit Schritte unternehmen, die die Regelung der Urlaubsfrage zum Ziel haben, wodurch die endliche Herbeiführung einer normalen Arbeit in den Fabriken gewährleistet werden soll.

bip. Ferien im Park des 3. Mai. Vorgestern mittag fand die Eröffnung der Kinderhalbskolonie im Park des 3. Mai statt. In den Kinderhalbskolonien werden 2000 Kinder wohnen, für deren Unterhalt vollständig gesorgt wird.

bip. Die Jagd nach dem Dollar. Vorgestern um 1 Uhr nachts wurde auf dem Lodzi Fabrikbahnhof von Beamten des 8. Polizeikommissariats in dem nach Krakau und Oberschlesien fahrenden Zug eine Revision der Fahrgäste vorgenommen, während der mehrere verdächtige Personen verhaftet wurden. Unter anderem nahm die Polizei den Piramowicza 9 wohlaufenden Max Hammer fest, bei dem Dollars, 1.070.000 deutsche M., eine größere Summe polnischer Gelbes, 63 Wechsel auf die Gesamtsumme von 75 Millionen M. und 2810 russische Rubel gefunden wurden. Das Geld wurde beschlagnahmt und Hammer dem Untersuchungsamt zugeführt.

bip. Unfälle. Vorgestern wurde in der Betriebsstraße vor dem Hause 261 ein gewisser Herr Selbmann aus Przedborz von einem Auto überfahren. Das Auto lenkte in Ruda-Pabianicka, Kosciuszko 19, wohlaufte Emanuel Begner. Der Lieferfahrer trug den Bruch eines Beines sowie Verletzungen am Kopf davon und wurde in bedenklichem Zustande in das Spital in der Drewnowska gebracht.

bip. In der Siedlerischen Fabrik, Betriebsraum 167, wurden der Kaliwa 9 wohlaufte Arbeiterin Müller durch Unvorsichtigkeit von einer Maschine 3 Finger abgerissen. Die Verwundete wurde in das Spital in der Drewnowska gebracht.

bip. Lebensmüde. In der Kaliwa 83 nahm die 21-jährige Elga Buterman, Tochter eines Händlers, Essigessenz zu sich. — Die Voryska 2 wohlaufte Olga Nowak trank in selbstmörderischer Absicht Essigessenz. — Der Betriebsraum 17 wohlaufte 18-jährige Kalmia Feldman sprang aus einem Fenster des 3. Stockwerks und erlitt eine Zerrüttung der Gehirnhälfte, so daß er in hoffnungslosem Zustande in das Spital in der Drewnowska gebracht werden mußte.

Spende für die St. Matthäuskirche. Uns wird geschrieben: Unstelle eines Kranzes auf das Grab des Herrn Direktors Adolf Steigert spendete die Firma Edward Romisch 250.000 Mark und Franz Cygan ebenfalls 250.000 Mark zu Gunsten der St. Matthäuskirche. Innigsten Dank und Gottes reichsten Segen den edlen Spendern. Pastor J. Dietrich.

Kunst und Wissen.

Die Schlüsselzahl des Buchhändlerbörsenvereins ist auf 9000 festgesetzt.

Vereine und Versammlungen.

bip. Ein Zentralrat der Kaufleute und Industriellen der Lodzi Wojewodschaft wurde ins Leben gerufen, der die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen soll. Zu diesem Zentralrat gehören nachstehende Vereine und Verbände: Der Zentralverband der Kaufleute und Industriellen (Betriebsraum 10), die Vereinigung der Kaufleute (Poludniowa 5), der Verband der Strumpf- und Strickfabrikanten, der Verband der Gemüsehändler, der Fleischer, der Kleinkaufleute (Ogrodowa 10), der Leber- und Schuhwarenhändler, der Galanteriewarenhändler, Juweliere, Spezialisten, Agenten und Makler. In der nächsten Sitzung wird die Verwaltung des Zentralrates gewählt werden.

Zum Gartenfest der Christlichen Gewerkschaft. Sonntag, den 8. Juli findet im Garten „Sielanka“ ein Gartenfest der Christlichen Gewerkschaft unter Mitwirkung des Sportvereins Bogen statt. Das Festprogramm wird alle Besucher auf ihre Kosten kommen lassen. Die Aufführung eines Einakters „Drei Frauen auf einmal“ ausgeführt durch Mitglieder des Sportvereins „Bogen“, Floverschishen und besonders der orientelle

Kinderzug werden bei Klein und Groß Anklang finden. Hauptlich den kleinen Gästen, die mit ihren Eltern das Fest am Sonntag, den 8. Juli besuchen, wird viel und Außerordentlich geboten werden. Für Wassersport beginnt das Gartenfest bereits vormittags um 10 Uhr. Da in Lodzi ja so wenig Gelegenheit ist, den Wassersport zu betreiben, müßte dieses Fest ein doppelter Ausport sein. Jede deutsche Familie müßte dieses Fest besuchen, da dort für ein deutsches Herz und Gemüt Erfreuliches geboten werden wird. Neben dem Musikkorps wird ein Gesangsverein uns mit Liedern erfreuen. Darum verstehe ich, daß es ein Mitglied des deutschen Bundes, der deutschen Arbeitspartei oder der deutschen Bürgerlichen Partei, am Sonntag das Gartenfest durch seine Anwesenheit zu verschönern. Wir hoffen, daß uns der Himmel das nötige Fest-Wetter zu all dem Guten spenden wird.

Ob Graf, ob Herr, Gesind.

Ganz gleich, Greis oder Kind.

Jeder müßte die Gelegenheit wahrnehmen um sich einmal von den Sorgen des Alltags zu trennen aus der dumpfen Stube hinaus ins Freie zu ziehen und sich an Gottes schöner Natur und an Musik und Gesang zu laben.

X. V.

Sport.

Ein neuer Weltrekord im Autorennen. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Beim Automobilrennen in Fåborg stellte heute der Engländer Campbell auf einem 350 pferdigem Wagen einen neuen Weltrekord auf, indem er 1 Km. in 16.14 Sek. durchfuhr. Diese Leistung entspricht einer Stundengeschwindigkeit von 219.378 Km. Der bisherige Weltrekord war 214.280 Km.

Aus dem Reiche.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens des evangelischen Kirchengesangvereins in Tomaszow.

Die Tomaszower Sänger, deren Zahl infolge des Krieges arg zusammengeschmolzen war, haben sich in den letzten Jahren wieder zusammengefunden zur Pflege des Gesanges. Das Lied hat auch hier seine schon so oft erprobte Macht gezeigt, die alten Sangesbrüder wieder zusammengebracht und neue Mitglieder hinzugeführt. Das hat die Gemüter der kleinen sangesfreudigen Schar so freudig gestimmt, daß sie es sich, trotz der vielen Schwierigkeiten nicht nehmen ließen, ihr 25-jähriges Jubiläum feierlich zu begehen. Der Tomaszower Kirchengesangverein hat sich bis jetzt als eins der treuesten Mitglieder der Sängervereinigung erwiesen. Diese schöne Eigenschaft hat er auch bei seinem Feste nicht verloren und alle Mitgliedsvereine dazu eingeladen. Dadurch hat sich die Jubiläumsfeier zu einem wunderschönen deutschen Sängertreffen gestaltet. Schon der Empfang der Gäste am Bahnhofe versetzte diese in eine frohe feierliche Stimmung. Der gastgebende Verein hat die eingeladenen Gäste von dem jemals weit entfernten Bahnhofe mit einer langen Reihe von Wagen abgeholt.

Die Feier wurde am 29. Juni durch einen

Festkomödie

eingeleitet. Der Präsident des Vereins, Herr P. A. Müller begrüßte die Gäste und nun folgten die Gesangsvorführungen der einzelnen Vereine, die Pausen wurden durch Ansprachen ausgefüllt. Die eigentliche Festrede hielt Herr A. Severtin. Er wies nach, wie im Laufe der Geschichte von den ältesten Zeiten an das Lied, der Gesang bei allen Kultursternen seine Macht erwiesen hat. Das Lied habe auch die zahlreichen Gäste nach Tomaszow zum Feste geführt. Möge es seine altbewährte Kraft auch hier zeigen und die schweren Wolken des Alltags aus den Herzen vertreiben und die Seelen in die höheren Sphären der idealen Welt hineinversetzen.

Am Sonnabend versammelten sich alle Festteilnehmer auf dem Feuerwehrplatz, wo das ewig schöne Lied „Das ist der Tag des Herrn“ im Massenchor gesungen, die Feier einleitete. Herr P. A. Müller schiberte in seiner Festansprache die Geschichte des Vereins, aus der hervorgeht, daß in Tomaszow einst drei Gesangvereine bestanden haben und daß selbst die Fahne des festgebenden Vereins aus dem Jahre 1867 stammt und ihm gewissermaßen als Erbe zugeschlagen ist. Es wurde nun die polnische Hymne gesungen, worauf die Gratulationen begannen. Die Damen des Vereins überreichten ein selbstgefertigtes schönes Fahnenband. Herr Müller überbrachte im Namen der Familie Müller in Rolandum ein gleiches Angebot. Es überreichten: Herr Oscar Strauch im Namen des Lodzi Männergesangvereins ein silbernes Fahnenstück, der Pabianicer Kirchengesangverein einen Christus, der dortige Männergesangverein ein Christus, der Lodzi Trinitätsverein ein Bild, der Lodzi Verein Concordia eine silberne Gedächtnisplatte. Silberne Fahnenstücke überbrachten der Agierer Kirchengesangverein Concordia, der Kotker Kirchengesangverein, der Lodzi Gesangverein Philadelphia, der Moszczaner Gesangverein und der Radogoszcer Gesangverein.

Nun formierte sich der

Festzug

unter Vorantritt einer Musikkapelle und zog zur evangelischen Kirche wo er von Herrn Pastor P. A. Müller eine

und in die Kirche geleitet wurde. In der Kirche wurde durch bekannte Geistlichen, der auch Ehrenpräsident des Vereins ist, ein erhebender Gottesdienst abgehalten. Der Rückweg zum Festsaal mußte leider unter strömendem Regen angestrengt werden. Das tat aber der fröhlen Stimmung durchaus keinen Abbruch. Das gemeinsam eingenommene Festessen wurde durch schöne Ansprachen gewürzt. Hierbei wurden zwei Mitglieder, die sich um die Erhaltung des Vereins ganz besonders verdient gemacht haben, ehrend hervorgehoben. Es waren dies die Herren Moritz Berthold, der dem Verein 22 Jahre lang angehörte, und Eduard Klinger, 17 Jahre lang Vereinsmitglied.

Den Schluß des äußerst schön gelungenen Festes bildete ein

Festball,

der die Sänger mit ihren Damen zusammenführte.

Möge es dem rührigen und sympathischen Verein noch recht lange vergönnt sein, das Bild, den Herz und Gemüt erfrischenden Gesang zu pflegen. Ein Verein, der solche Feste zu feiern versteht, hat im voraus die Gewähr für ein weiteres geblühtliches Fortbestehen.

Pabianice. Die Rabbinerwahl. Am Sonntag fand hier die Wahl des Rabbiners statt. Die zwei Parteien „Schlome, Emunaj Israel“ und „Mizrachi“ standen sich im Wahlkampf gegenüber. Die erstgenannte Gruppe lud 50 Rabbiner nach Pabianice ein und veranstaltete eine Versammlung, die von Sonnabend mittag bis Sonntag nachmittag dauerte. Den Sieg trugen die Altpietisten davon, für deren Kandidaten 70 Prozent der Wähler stimmten, der bisherige Rabbi Mendel Alter wurde daher aufs neue gewählt.

Andrzejow. Glodenweihe. Am Freitag fand hier die Weihe der in Bzierz gegossenen Glode der hiesigen evangelischen Kirche statt. Der Gottesdienst, den die Pastoren Kratzsch-Sulzfeld und Groß-Loh (Sohnsgemeinde) hielten, begann um 10 Uhr vormittags. Eine zahlreiche Gemeinde, darunter viele Vertreter der Nachbargemeinden, füllten das Gotteshaus. Als die Glode geläutet und ihr tadellos schöner Klang festgestellt wurde, erhoben ein Lächeln der Freude auf den Gesichtern der Versammlungen.

Nach dem Gottesdienst nahm Herr Kirchenvorsteher Krause die Gäste gastfreudlich auf.

Die Tat der Andrzejower Gemeinde sollte die übrigen Gemeinden, die noch keine Glocken besitzen, zur Nachahmung anregen, umso mehr, da die Glocken jetzt auch im Lande gegossen werden.

Lwówek. Die erste Sitzung des Stadtrats stand am 21. Juni statt. Die Sitzung wurde um 11,30 Uhr abends durch den bisherigen Bürgermeister von Lwówek Dr. Stanislawski, eröffnet. Es wurde über die Höhe des Gehalts für den Bürgermeister, dessen Gehilfen und die drei Schöffen beraten. Es wurde beschlossen, daß der Bürgermeister das Gehalt eines Regierungsbeamten der 6. Kategorie, der Vizebürgermeister der 7. Kategorie und die Schöffen je 2 Bloin für jede Magistratsitzung d. h. 20 Bloin monatlich empfangen sollen. Als Bürgermeister wurde mit 16 Stimmen der Liste Nr. 8 Herr Leon Gosławski gewählt. Auf den Posten eines Vizebürgermeisters wird ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Zu Schöffen wurden die Herren Emil Bolcer, Felix Tylmann und Felix Bopławski gewählt.

Brudermord — Todesurteil. Vor einiger Zeit verhandelte hier die Warschauer Delegation des Standgerichts in folgendem interessanten Prozeß. Der Verhandlung entnehmen wir folgende Einzelheiten: In der Nacht vom 15. auf den 16. Mai I. J. wurde die Familie Kucinski im Dorfe Strzebunow, Gemeinde Domblonice wohnhaft, durch ihren jüngsten Sohn Konstanty mit der Mittelbahn geweckt, daß in ihrem Gebäude ein Einbruchdiebstahl verübt worden sei. Der alte Antoni Kucinski, begab sich nach dem Stall in dem sein älterer Sohn Stanislaw schlief. Ein überraschendes Bild bot sich seinen Augen dar. Sein älterer Sohn lag blutüberströmt auf dem Stroh. Die bald benachrichtigte Polizei kam mit dem Kreisarzt Dr. Drzynski an und nahm eine Untersuchung vor. Es wurde festgestellt, daß Stanislaw Kucinski zuerst mit einem stumpfen Gegenstand belädt und ihm dann mit einem Messer die Halsader durchschnitten wurde. Der Verdacht fiel auf den jüngeren Bruder Konstanty der den Mord begangen haben sollte, um durch den Tod seines Bruders Alleinerbe zu bleiben. Die Sachen des jungen Brudermorders waren mit Blut bestellt. Der 19jährige Konstanty Kucinski wurde verhaftet und vor das Standgericht gestellt. Während der Gerichtsverhandlung war er noch bemüht die Schuld an diesem Mord auf seinen Schwager und seine Schwester Grzegorz und Lucja Kuczynski zu wälzen, aber vor der Bekündung des Urteils widerrief er die Beschuldigung. Das Urteil lautete auf Tod durch Erstickung und wurde am nächsten Tage um 7 Uhr früh auf der Burggrube vollzogen.

Gostyń. Neue städtische Bauten. Der bessige Magistrat wird in Kürze an den Bau eines städt-

tischen Spitals schreiten, da der Stadtrat bereits die Einwilligung dazu gegeben hat. Auch beschloß der Stadtrat ein spezielles Gebäude für die Polizei und ein Kreisgefängnis zu erbauen. Gegenwärtig wird das Wohnhaus für die Lehrer hiesiger Elementarschulen auf Kosten des Magistrats fertiggestellt.

Warschan. Selbstmord der Gräfin Konstancja. Selbstdmord der Gräfin Konstancja. Sie war erst vor zwei Minuten aus der Schweiz, wo sie mit ihrem Mann Bohman, der der Militärschaft an der Ermordung Chrzanowskis in Warschau im Jahre 1912 angeklagt ist, lebte, zurückgekehrt. Um ihren Mann zu retten, versuchte sie, ihre zwei Häuser in Bzescz zu verkaufen. Da ihr dies aber nicht gelingen wollte, wurde sie mehr und mehr nervös, legte ein anomales Benehmen an den Tag, wurde des Lebens überdrüssig und erhängte sich an einer Korsettchnur. Zwar wurde sie abgeschnitten, verschwand aber bald nach der Überführung in das Spital für Geisteskranken. Es besteht die Annahme, daß sie auch noch Gift zu sich genommen hat.

einen Sack über den Kopf und haben ihn in diesem Aufzug auf die Straße hinausgeführt. Dort ließen sie ihn frei. Der Ingenieur kehrte, den Sack von sich werfend, in das Kontor zurück. Von diesem Vorfall wurde die Polizei unterrichtet, die nach langen Unterhandlungen mit den Arbeitern den Hauptanführer festnahm, um ihn zu verhören. Die Verwaltung der Fabrik beschloß, angesichts dieser Ausschreitung der Arbeiter die Fabrik, die gegen 600 Arbeiter beschäftigt, bis zu dem Zeitpunkt zu schließen, an dem die Arbeiter dem beleidigten Ingenieur Abbitte leisten werden.

Zum Einziehen der Auslandsguthaben beauftragte Banken. Die Polnische Landesdarlehenskasse gibt bekannt, dass die Vertretung beim Einziehen der Beträge für die ins Ausland ausgeführten Waren, die in der Verordnung des Finanzministers vom 21. Juni 1923 (Oz. Ust. N. 62, Pos. 465) vorgesehen sind, im Einvernehmen mit dem Ministerium folgenden Banken übertragen wird: 1) Bank Anz. Polski, 2) Bank Cukrownictwa in Posen, 3) Bank Dyskont Warszawski, 4) Bank Francusko-Polski, 5) Bank Francusko-Belgijsko-Polski, 6) Bank Handlowy in Warschau, 7) Bank Handlowy in Lodz, 8) Bank Handlowo-Przemysłowy in Lodz, 9) Bank dla Handlu i Przemysłu in Warschau, 10) Bank Kred. in Warschau,

11) Bank Kwilecki, Potocki i S-ka, 12) Bank Małopolski, 13) Bank Międzynarodowy, 14) Bank Przemysłowców, 15) Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego, 16) Bank Stadtthagen in Bromberg, 17) Bank Towarzystw Spółdzielczych, 18) Bank Zachodni, 19) Bank Zjedn. Ziemię in Posen, 20) Bank Zw. Ziemię in Warschau, 21) Bank Zw. Spółek Zarobkowych in Posen, 22) Polski Bank Handlowy in Posen, 23) Polski Bank Handlowy, 24) Polski Bank Przemysłowy, 25) Warszawski Bank Zjednoczony, 26) Ziemię Bank Kredytowy, 27) Dom Handlowy Natanson i Synowie, 28) Dom Handlowy Szereszowski in Warschau, 29) Bank Ziemięski, 30) Akcyjny Bank Związkowy.

Handel und Volkswirtschaft

Wer darf Devisen erhalten?

pap. Auf Grund einer Verordnung des Finanz- und Justizministers ist es den Devisenbanken gestattet, juridischen und Einzelpersonen Devisen ausschließlich zu nachstehenden Zwecken zu verkaufen:

a) zur Deckung von ausländischen Verpflichtungen, die aus einem gesetzlichen Warenverkehr hervorgehen. Die Beweisstücke, auf Grund deren der Verkauf der Valuten erfolgt, müssen der Bank im Original vorgelegt werden. Im Bedarfsfalle können diese Papiere von der Bank zurückerstattet werden, jedoch unter der Bedingung, dass sie mit einem Vermerk versehen werden, in dem die Summe der verkauften Valuten angegeben ist, und dass sich die Bank eine beglaubigte Abschrift dieses Schriftstückes behalten darf;

b) Zur Entrichtung von Vorauszahlungen für auf gesetzmäßiger Weise aus dem Auslande eingeführte Waren.

c) Zur Deckung der Speditions- und Transportkosten, sowie des im Auslande zu entrichtenden Zolls;

d) zur Abtragung von begründeten ausländischen Schulden, die sich besonders aus der Handelstätigkeit ergeben;

e) zur Bezahlung von ausländischen Versicherungsprämien, sofern sie auf Grund von gesetzlichen Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen erhoben werden;

f) zur Deckung der Reisekosten bis zu einem Betrage von 1000 Schweizer Franken für die Person (Vermerk im Auslandspass). Bei einer Reise nach Danzig beträgt diese Summe 250 Schweizer Franken. Im letzten Falle darf die Gesamtzahl der gekauften Valuten im Laufe eines Monats 1000 Schweizer Franken nicht übersteigen;

g) zur Deckung der Unterhaltskosten von Personen, deren Aufenthalt im Auslande begründet ist, bis zu einem Betrage von 1000 Schweizer Franken monatlich für die Familie;

h) zum Unterhalt von Büros von inländischen Unternehmen im Auslande, sofern sie sich augenblicklich nicht selbst erhalten können;

i) zu allen anderen wirtschaftlichen Zwecken, sofern sie begründet sind, und die Summe der Valuten nicht mehr als 1000 Schweizer Franken beträgt.

Zur Erlangung obiger Summen muss zuvor die Erlaubnis des Finanzministers bzgl. der von ihm eingesetzten Organe eingeholt werden.

Schließung einer bedeutenden Warschauer Metallfabrik. In der Fabrik der Aktiengesellschaft Bohrmann, Schwede & Co. in Warschau trug sich folgender Vorfall zu. Der leitende Ingenieur Juszkiewicz, der bei den Arbeitern wenig beliebt war, hatte diesen untersagt, auf dem Gebiet der Fabrik Versammlungen zu veranstalten, ohne vorher die Erlaubnis der Fabriksverwaltung eingeholt zu haben. Am 28. vorigen Monats waren 300 versammelte Arbeiter dem über den Fabrikhof schreitenden Ingenieur

Warschauer Börse.

Warschau, 3. Juli

Millionówka
Goldanleihe

1700
—

Valutien.

Dollars	103000
Franz. Franken	6220
Deutsche Mark	9.60

Scheine.

Belgien	5340
Berlin	0.61
Danzig	0.61
Holland	—
London	475400
New-York	104000
Paris	6288
Prag	3080
Schweiz	18270
Wien	144
Italien	—

Zürich, 3. Juli. (Pat.) — Aufgangnotierungen Berlin 0.0032 Holland 224, New-York 567, London 2615, Paris 33.80, Mailand 24.80, Prag 17.15, Budapest 0.065, Belgrad 6.27, Sofia 5.30, Bukarest 2.87, Warschau 0.0045, Wien 0.0090%, Oesterr. gestemp. 0.0081.

Aktien.
(Notiert in Tausenden.)

Diskontobank 385, Handel und Industriebank 150-120-125, Lemberger Industriebank 25-22-24, Arbeitsgenossenschaftsbank 300-305-265, Ver. Landesgenossenschaftsbank 85-90 poln. Bank 160, Potaschwerke 515, Fuks 400-385, Chodorow 340-320, „Czestochowa“ 1867-1750-1790, Michałow 165-195-190, Firley 115-110-120 — 4-5, Em. 100, Kohlengesellschaft 375-415-400, Lilpop 128-131-125, Norblin 90-100-95, Ortewin 40, Rudaki 150-140, Ursus 270-300 — 2, Em. 120-145-130, Zieliński 560-540-555, Zyrardow 14500-15000, Jabłkowscy 23-20-22, Spiess 73-80, Majewski —, Trzebina 70-75, Naphtha 63-57-60, Elektrizitätsges. 660-640, Lenartowicz 24-20-23, Potkal 20-17, Leder und Gärberien 75-76, Kabel 120-115-117.5, Handelsbank 640-650-625, Kreditbank 100-125, Westbank 300-350, Landw. Verein 25-30-30, Kleinpolnische Bank 27.5-26, Poczt —, Landwirt. Kreditbank 20, Kijewski 190-185, Hartwig —, Wildt 30-29, Czerw 390-370, Gostkowice 430-440-435, Zuckergesellschaft 2525-2675-2600, Lazy 35-28-30, Holzges. 18-19, Cegielski 63-66-65, Modrzewi 380-387.5-375, Ostrowiec-Werke 670-625, Rohr & Zielinski 70, Starachowice 305-335-310, Lokomotivenges. 180-185-170, Zawiercie 17000-18000, Borkowsk 68-65-66, Haberbusch 215-205, Nobel 170-155-160, Pasteurik —, Spliatus 380-360-375, Belpol —, „Stfa i Swiatlo“ 115-117.5, Schiffahrtsgesell. —, poln. Elektricit. Ges. 67-65-66, Hurt 27, Terata —, Cmielow —, poln. Naphtha Industrie 335-325-330.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hauptgeschäftsführer Adolf Kargel. — Druck und Verlag: „Libertas“ Verlagsgesellschaft m. b. h. Verlagsdirektor, Dr. E. v. Behrens.

Selbstständiger Korrespondent oder Korrespondentin,

welcher die polnische und deutsche Sprache perfekt beherrscht und mit Stenographie vertraut ist, wird von einem internationalen Speditionsbüro zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten unter „B. 323“ an die Geschäftsst. ds. Blattes. 2029

Vorbereitungsmeister

für Baumwollspinnerei, mit langjähriger Praxis auf Schlagmaschinen, Krempel, Strecken und Fleyer, sucht per sofort Stellung hier oder auswärts. Ges. Offerten unter „A. G. 600“ an die Geschäftsst. ds. Blattes. 2027

Buchhalter,

(Christ), bilanziert, doppelte und amerik. Buchführung, mehrere Jahre in großer Firma tätig gewesen in ungefähriger Stellung, sucht sich zu verändern. Ges. Off. unter „D. A.“ an die Geschäftsst. ds. Bl. 2024

Ein Bogen

Kutschwagen, Warenkutschlen, ein- und zweispännige Kollwagen, sowie ein Wurf zu verkaufen. Kilińskiego 28, 2044

